

Modell startet in Köln und Duisburg

Islamischer Religionsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen

Der Radikalität den Nährboden zu entziehen, ist das Ziel des islamischen Religionsunterrichts, den die Landesregierung derzeit auf den Weg bringt. In Köln und Duisburg soll der Startschuss für zwei Modellversuche fallen. Bis es zur flächendeckenden Einführung kommt, muss allerdings noch eine Reihe von Problemen bewältigt werden. Das vielleicht größte davon: Die Muslime in Deutschland werden von mehreren Dachorganisationen vertreten, die teilweise untereinander zerstritten sind.

Der Dialog mit den unterschiedlichen islamischen Interessenverbänden ist am Ende der Fahnenstange angelangt, bedauerte Schulministerin Barbara Sommer, die gemeinsam mit Integrationsminister Armin Laschet (beide CDU) den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) über den Stand der Entwicklung informierte: „Deswegen müssen wir jetzt handeln.“

Die Zweifler des Vorhabens seien zahlreich und fänden sich auch in den eigenen Reihen der Koalitionsparteien. Es fehle auch nicht an Warnungen an die Adresse der Landesregierung: „Aber wir gehen das nicht blauäugig an“, ist sich die Schulministerin sicher.

Um eine gemeinsame Gesprächsbasis mit den Islamorganisationen bemüht sich seit der Landtagswahl die interfraktionelle Arbeitsgruppe für den Dialog mit dem Islam.

Ausschussmitglied Britta Altenkamp (SPD) sieht die Arbeit des Gremiums durch die Initiative der Landesregierung gefährdet. „Es muss klar gemacht werden, dass der Druck zur Bildung eines zentralen Ansprechpartners nicht verringert werden wird“, forderte sie von der Ministerin.

Diese konnte die Kritik am Islamunterricht zum Teil nachvollziehen. „Ich bin normalerweise kein Fan von Modellversuchen“, bekannte Sommer. „Sie gelingen, wenn man es nur genug will.“ Aber in diesem Fall habe man keine Wahl gehabt, als sich auf diese Weise auf den schwankenden Boden der komplizierten Ansprechpartner-Struktur zu begeben. In den ausgewählten Städten soll es losgehen, da dort die islamische Population besonders groß ist.

„Wir hoffen, dass die Modellversuche eine Signalwirkung entfalten und die Wertschätzung für die Mitbürger mit Migrationshintergrund dokumentieren.“

Wer sich seiner sicher ist, dem fällt es leichter, das Fremde zu verstehen und zu akzeptieren. Islamischer Religionsunterricht soll daher eines nicht allzu fernen Tages an den Schulen des Landes so selbstverständlich sein wie die Unterweisung in den christlichen Konfessionen. Daran arbeitet das Schulministerium und erwartet von der islamischen Seite Mitwirkung und Entgegenkommen Foto: Schälte

Die konkreten Bemühungen stünden aber noch am Anfang. „Wir ermuntern die 70 Kölner Moscheegemeinden, sich zu einer Schura (gemeinsame Ratsversammlung) zusammen zu finden.“ Der nächste Schritt bestehe in der Gründung eines theologischen Beirats aus Islamwissenschaftlern. Aus den beiden Gremien bilde sich dann die Lehrplankommission. „Die Schura wird als Interessenvertretung aller Muslime von unten wachsen“, hofft Integrationsminister Laschet. Die Moscheegemeinden sollten dabei die treibende Kraft bilden.

Nicht in Vergessenheit geraten lassen mochte Monika Düker (GRÜNE) das Projekt rotgrüner Regierungsarbeit auf diesem Gebiet, die religionskundliche Unterweisung: „Die Islamkunde sollte gestärkt werden, solange der Unterricht noch nicht flächendeckend eingeführt ist.“ Dabei dachte die Abgeordnete auch an mehr finanzielle Zuwendungen. „Die Lehrerinnen und Lehrer aus diesem Bereich können sich als wichtige Brückenbauer erweisen.“

„Das Endziel lautet, die Kunde durch den Unterricht zu ersetzen“, so die Antwort. Die Unterweisung sei kein reguläres Fach und werde deshalb auch nicht entsprechend besoldet. „Wir versuchen, die Lehrer des neuen Fachs aus den Islamkundlern zu rekrutieren und so den Personalmangel auszugleichen“, umriss die Ministerin das Vorhaben.

Seit dem Wintersemester 2004/05 wird an der Universität Münster das Fach Islamunterricht angeboten. Ein einziger Lehrstuhl reicht jedoch nicht aus, um eine Fülle an Lehrerinnen und Lehrern auszubilden. Dem neuen Schulfach fehle außerdem noch der theoretische Unterbau. Der Lehrplan sei noch nicht fertig gestellt, räumte die Schulministerin ein. Auch die Frage, welche Schulen in Köln und Bonn den Anfang machen werden, sei noch nicht geklärt. „Das macht aber nichts“, findet Sommer, „wichtig ist, dass in den beteiligten Ministerien der Wille zum Erfolg vorhanden ist.“ Die Weichen hätten längst gestellt sein können und müssen, warf Michael Solf (CDU) der Vorgängerregierung vor und meinte: „Aber besser spät als nie.“ YV